

Ist Arbeitslosigkeit unser Schicksal ?

Referat von Prof. Karl-Heinz-Dignas, Emden 08.06.1988

1. Problemstellung

Die schon seit Jahren anhaltende hohe Arbeitslosigkeit ist sicherlich eines der drängensten Probleme unserer Zeit. Daß diese Arbeitslosigkeit ein Problem darstellt, wird heute von allen anerkannt. Warum ist das so ?

Aus ökonomischer Sicht bedeutet Arbeitslosigkeit, daß vorhandene Kapazitäten an Arbeitskraft nicht ausgelastet werden, daß dadurch auf sonst mögliche Produktion von Waren und Dienstleistungen verzichtet wird, daß wir also alle auf ein niedrigeres Wohlstandsniveau kommen als wir es bei Vollbeschäftigung haben könnten. Und wer verzichtet gerne auf sonst möglichen Wohlstand ?

Wenn wir aber alle dieser Meinung sind, wenn wir alle meinen, daß die Arbeitslosigkeit lieber heute als morgen vermindert und möglichst ganz beseitigt werden sollte. Warum gibt es dann dieses Problem noch ? Irgend etwas muß doch da schief laufen ? Was läuft da schief? Was kann man machen? Gibt es denn kein Rezept ? Wer ist der Schuldige ? Doch solche Schuldzuweisungen helfen nicht weiter. Der Bereich Wirtschaft ist nicht der einzige, in dem Probleme bestehen, die nicht auf Antrieb und sofort gelöst werden können. Gerade in den letzten Jahren ist der Nimbus der Gattung Mensch, alles, wenn man es nur will, machen zu können, arg in Mißkredit geraten.

Auch im Hinblick auf die herrschende Arbeitslosigkeit gilt es, sich gegen die Illusion zu wappnen, daß es irgendein Patentrezept gegen die Arbeitslosigkeit gäbe. Diese Erkenntnis darf aber nicht in das andere Extrem führen, nämlich aus den offenkundigen Schwierigkeiten, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, den Schluß zu ziehen, daß wir uns jetzt und für die Zukunft mit einer hohen Arbeitslosigkeit abfinden müßten, gegen die kein Kraut gewachsen ist.

Es gibt aus ökonomischer Sicht durchaus Handlungsmöglichkeiten, die, wenn man sie ergreifen würde, die Arbeitslosigkeit verringern könnten. Von diesen Handlungsmöglichkeiten wird im folgenden die Rede sein. Es muß aber auch die Rede sein von den Fehlern, die in der Vergangenheit und Gegenwart immer wieder gemacht wurden bzw. gemacht werden und die es verhindern, daß wir Erfolge in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben.

Doch bevor wir zu der Frage kommen, was

- zu tun bzw. zu unterlassen ist, müssen noch zwei andere Fragen beantwortet werden, nämlich die Fragen :
- Wie sieht die Lage aus, wie hat sie sich im Laufe der Jahre entwickelt ?
- Welche Ursachen gibt es für die Arbeitslosigkeit ?

Denn wie in der Medizin kommt auch in der Wirtschaftspolitik vor der erfolgreichen Therapie zunächst einmal die Diagnose.

2. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit Anfang der 60 - Jahre

Die heutige Situation auf dem Arbeitsmarkt ist bekannt :

- Im gesamten Bundesgebiet haben wir über zwei Millionen registrierte Arbeitslose und eine Arbeitslosenquote von rund neun Prozent zu verzeichnen.
- In den beiden ostfriesischen Arbeitsamtsbezirken Emden und Leer gibt es rund 27 000 Arbeitslose bei einer Arbeitslosenquote von rund 19 Prozent.

Vergleicht man diese Situation mit der in den vergangenen Jahren seit Anfang der 60-er Jahre, dann zeigt sich ein Trend zunehmender Arbeitslosigkeit:

- Lag die Arbeitslosenquote in den 60-er Jahren im Bundesdurchschnitt bei 0,7 bis 2,1 Prozent, so stieg sie ab Mitte der 70-er Jahre auf über 4,5 Prozent an, um dann 1983 ihr heutiges Niveau zu erreichen.
- In Ostfriesland verlief dieser Trend zunehmender Arbeitslosigkeit, gemessen an der Arbeitslosenquote, ähnlich. Allerdings mit dem Unterschied, daß das Arbeitslosigkeitsniveau in Ostfriesland immer über dem des Bundesgebietes lag:
- Die Arbeitslosenquote erreichte in den 60-er Jahren im Durchschnitt 4,6 (Emden) bis 4,9 (Leer) Prozent. Auch hier verschlechterte sich die Situation seit Mitte der 70-er Jahre entscheidend : Die Arbeitslosenquoten kletterten von 8,5 Prozent (Emden) und 9,9 Prozent (Leer) im Jahre 1975 über rund 10 Prozent (Emden) und rund 13 Prozent (Leer) Anfang der 80-er Jahre auf das heutige Niveau.

Schon diese kurze Analyse der Lage am Arbeitsmarkt seit Anfang der 60-er Jahre zeigt uns, daß die heutige Arbeitslosigkeit nicht über Nacht entstanden ist, sondern sich über zwei Jahrzehnte aufgebaut hat.

Wie ist diese Entwicklung zu erklären ? Läßt sich diese Entwicklung stoppen ? Wie schnell könnte das gehen ? Um diese Fragen beantworten zu können, ist es sinnvoll, die Arbeitslosigkeit in verschiedene Formen, Arten oder auch Komponenten aufzugliedern. Denn die Rede von d e r Arbeitslosigkeit verdeckt den wichtigen Sachverhalt, daß es unterschiedliche Ursachen dafür gibt, daß Arbeitskräfte arbeitslos werden bzw. arbeitslos bleiben.

In der wirtschaftswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Diskussion unterscheidet man deswegen z.B. folgende Arten der Arbeitslosigkeit:

- Saisonale Arbeitslosigkeit,
- Konjunkturelle Arbeitslosigkeit,
- Friktionelle Arbeitslosigkeit,
- Strukturelle Arbeitslosigkeit,
- Kapitalmangel- Arbeitslosigkeit.

3. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung

3.1. Saisonale Arbeitslosigkeit

Daß wirtschaftliche Aktivitäten wie Produktion und Absatz saisonalen Schwankungen unterworfen sind, ist eine altbekannte Tatsache. Diese saisonalen Schwankungen haben ihre Ursache in solchen „natürlichen“ Faktoren wie den jahreszeitlichen Schwankungen der Temperaturen. Sie werden aber auch hervorgerufen durch Institutionen von „Menschenhand“ wie Feiertagen und Urlaubsregelungen. Von diesen saisonalen Schwankungen werden bestimmte Wirtschaftssektoren, Branchen und Unternehmen stärker getroffen als andere. Zu den ersteren gehören die Landwirtschaft, der Bausektor, die Tourismusbranche und — last not least — auch der Einzelhandel.

Schwanken in einem Unternehmen, in einer Branche, in einem Sektor aus saisonalen Gründen Produktion und Absatz, dann verändert sich auch dementsprechend die Nachfrage nach Arbeitsleistungen: Sind Produktion und Absatz saisonal hoch, so ist auch die Nachfrage nach Arbeitsleistungen

hoch. Sind sie niedrig, ist auch die Nachfrage nach Arbeitsleistungen niedrig. Solche Schwankungen der Nachfrage nach Arbeitsleistungen können nun, müssen aber nicht unbedingt, zu saisonaler Arbeitslosigkeit führen. Sie führen nur dann zu Arbeitslosigkeit, wenn die Anbieter (die Arbeitnehmer) von und/oder die Nachfrager nach Arbeitsleistungen (die Unternehmen) nicht in der Lage bzw. nicht willens sind, auf diese Schwankungen flexibel zu reagieren.

Möglichkeiten, diese kurzfristigen Schwankungen der Produktion, des Absatzes und damit auch der Unternehmenserträge mittel- und langfristig auszugleichen, bestehen zunächst einmal

- beim Lohn,
- bei der Arbeitszeit
- oder auch beim Lagerbestand.

Sind diese Möglichkeiten den Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch tarifvertragliche oder gesetzliche Regelungen verwehrt, wird zur Maßnahme der Kündigung oder auch Entlassung gegriffen. Es entsteht saisonale Arbeitslosigkeit.

Saisonale Arbeitslosigkeit entsteht auch dann, wenn das bestehende System der Sozialen Sicherung Arbeitnehmern und Arbeitgebern Anreize in dieser Richtung bietet. So werden Arbeitnehmer, die im Grunde genommen ihre Arbeitsleistung nur saisonal anbieten wollen, sich selbstverständlich als Arbeitslose registrieren lassen, wenn es sich lohnt. So werden Arbeitgeber keinen Gedanken an mehr Flexibilität verschwenden, wenn sie genau wissen, daß Ihre Arbeitnehmer bei guten Konditionen in der „schlechten“ Saison bei der Arbeitslosenversicherung gut aufgehoben sind.

Andererseits versucht der Staat durch Subventionen und durch Verbote/Gebote auch die saisonale Arbeitslosigkeit zu verringern. Die Subventionen sollen die von Produktions- und Absatzschwankungen betroffenen Unternehmen dazu bringen, daß sie Arbeitskräfte nicht entlassen. Verbote/Gebote z.B. im arbeitsrechtlichen Bereich sollen die Unternehmen zwingen, die Arbeitskräfte auch bei einer saisonalen Flaute weiter zu beschäftigen.

Was wie bei fast allen staatlichen Eingriffen auf den ersten Blick als eine gute Tat aussieht, kann leicht kontraproduktive Auswirkungen haben. Subventionen müssen im Zweifel von anderen Unternehmen über Steuern finanziert werden und gefährden dort Arbeitsplätze. Entlassungsverbote schützen diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben. Sie schaden denjenigen, die — wenn auch nur für eine Saison — einen Arbeitsplatz suchen. Denn diese werden von den Unternehmen gar nicht erst eingestellt, weil man sie nicht entlassen kann, wenn man sie außerhalb der „guten“ Saison nicht mehr braucht.

Für Entlassungsverbote spricht aus ökonomischer Sicht höchstens, daß die Unternehmen dadurch gezwungen werden, sich Gedanken über Beschäftigungsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer auch in der „schlechten“ Saison zu machen, da jetzt ja die Alternative der Entlassung ihnen verwehrt ist. Hieraus können sich Aktionen in den betroffenen Unternehmen ergeben, die zum Ziel haben, die Saison zu verlängern, um somit die sich durch die erzwungene Aufrechterhaltung der Beschäftigung entstehenden Kosten durch zusätzliche Erträge zu kompensieren.

Wie ist es nun in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit um die saisonale Komponente der Arbeitslosigkeit bestellt ? Empirische Untersuchungen zeigen, daß diese Komponente der Arbeitslosigkeit seit Anfang der 60-er Jahre bis heute auf dem Rückzug ist. Sie hat von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer weiter abgenommen. Dies gilt auch für Ostfriesland, wenn auch hier immer noch die saisonale Arbeitslosigkeit eine weitaus größere Rolle spielt als in anderen Regionen unserer Republik.

Was aber auf den ersten Blick als recht positiv einzuschätzen ist, stimmt vor dem Hintergrund der insgesamt zunehmenden Arbeitslosigkeit nachdenklich. Wir haben offensichtlich die kurzfristige und insgesamt gesehen recht harmlose saisonale Arbeitslosigkeit gegen andere Arten von Arbeitslosigkeit eingetauscht, die viel hartnäckiger und unangenehmer sind. Ob dieser Tatbestand darauf zurückzuführen ist, daß wir es geschafft haben, die saisonale Arbeitslosigkeit einzudämmen, muß dabei eine offene Frage bleiben, auch wenn aus ökonomischer Sicht einiges dafür spricht.

3.2. Konjunkturelle Arbeitslosigkeit

Neben der saisonalen Komponente der Arbeitslosigkeit gibt es als weitere zyklische Komponente die konjunkturelle Arbeitslosigkeit. Auch diese ist seit altersher bekannt: Man braucht nur an die biblischen sieben fetten und sieben mageren Jahre zu denken.

Konjunkturelle Arbeitslosigkeit entsteht durch die konjunkturellen Schwankungen dann, wenn im Konjunkturabschwung Güterpreise und Faktorpreise (Löhne und Zinsen) überhaupt nicht oder nicht schnell genug auf die abnehmende Nachfrage und den konjunkturell rückläufigen Absatz reagieren. Die Unternehmen passen sich dann in dieser Situation mit Entlassungen bzw. mit weniger oder gar keinen Neueinstellungen an: Die Folge daraus kann ein sich selbst nährendes konjunkturelles Schrumpfungsprozeß sein.

Auch hier wird deutlich: Zurückgehende Nachfrage allein muß noch nicht zu einer zunehmenden Arbeitslosigkeit führen. Es muß immer als zusätzliche Bedingung die mangelnde Flexibilität von Preisen und Löhnen dazu kommen, damit Arbeitslosigkeit entsteht. Erst wenn man der Ansicht ist, daß die Preise (Güter- und Faktorpreise) — aus welchen Gründen auch immer — nicht in ausreichendem Maße flexibel sein können oder sollen, kommt die Stunde dessen, was man heute makroökonomische Nachfragesteuerung durch staatliche Geld- und Finanzpolitik nennt: Ausfallende Nachfrage soll durch Maßnahmen der Geld- und Finanzpolitik kompensiert werden.

Die Anziehungskraft dieser Art von Politik liegt darin begründet, daß zum einen die Marktteilnehmer, seien es die Tarifpartner oder auch die Unternehmen, von der Verantwortung für die Beschäftigung freigesprochen werden: Der Staat gibt eine Vollbeschäftigungsgarantie.

Zum anderen befreit die hinter dieser Politik stehende Theorie, die mit dem Namen eines großen Ökonomen dieses Jahrhunderts, nämlich mit dem Namen Keynes, verbunden ist, die Politiker von dem schlechten Gewissen, das Geld der Steuerzahler oder noch besser geliehene Gelder mit vollen Händen auszugeben: Es dient ja einem guten Zweck, nämlich der Stabilisierung der Konjunktur.

Diese Art der Politik hat ohne Zweifel ihre Berechtigung in Krisensituationen, in denen in der Tat ein allgemeiner Schrumpfungsprozeß droht. Sie wirkt auch in „normalen“ konjunkturellen Abschwüngen, allerdings dann nur unter bestimmten Bedingungen, die auch schon Keynes vorgebracht hat.

Eine der wichtigsten Bedingungen besteht darin, daß vor allem die Tarifpartner bei den Löhnen stillhalten. Die zusätzliche Nachfrage soll ja die Erträge und die Gewinnerwartungen der Unternehmen stabilisieren. Das gelingt natürlich nur dann, wenn auf der Kostenseite keine Kompensation durch höhere Löhne eintritt. Nehmen z.B. die Gewerkschaften die erwarteten höheren Erträge und Gewinne zum Anlaß, ihrerseits „einen Schluck aus der Pulle“ zu nehmen, verpuffen diese staatlichen Ankurbelungsmaßnahmen. Sie verpuffen auch, wenn man, wie augenblicklich diskutiert, auf der einen Seite zwar durch Steuersenkungen die Nachfrage stützen will. Andererseits Steuererhöhungen in Aussicht stellt.

Eine expansive staatliche Nachfragepolitik kann allerdings dann auch zumindest kurzfristig wirksam sein, wenn aufgrund dieser Politik die Preise zunächst einmal schneller steigen als die Löhne, was ein Absinken der Reallöhne zur Folge hat. Doch dieser „Trick“ wird sehr schnell von den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften durchschaut. Wenn sie daraufhin die erwarteten Preissteigerungen in ihren Lohnforderungen vorwegnehmen, funktioniert diese Methode, die auch Keynes vor Augen hatte, nicht mehr. Die expansive Politik führt nur noch zu Preissteigerungen und Kostensteigerungen und erzwingt über kurz oder lang eine Stabilisierungskrise.

Solche Stabilisierungskrisen haben wir in der Vergangenheit recht häufig erlebt: Die Stop-and-Go-Politik in Großbritannien ist hier zu trauriger Berühmtheit gelangt, ebenso der Versuch des jetzt wiedergewählten französischen Staatspräsidenten Mitterand nach seinem ersten Amtsantritt. Aber auch in der Bundesrepublik haben wir ja in den 70-er Jahren versucht, durch keynesianische Ankurbelungsprogramme die Arbeitslosigkeit zu verringern. Die Erfolge dieser Politik sind — um es vorsichtig auszudrücken — nicht so groß, als daß wir sie zum Vorbild für die heutige Politik nehmen könnten.

3.3. Friktionelle Arbeitslosigkeit

Untersucht man nun die vergangenen Jahrzehnte im Hinblick auf die konjunkturelle Komponente der Arbeitslosigkeit, so ist das Ergebnis ähnlich wie bei der anderen zyklischen Komponente, der saisonalen Arbeitslosigkeit: Die zyklischen Schwankungen sind von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus geringer geworden. Andererseits übertraf die Arbeitslosigkeit von Mal zu Mal - seit den 70-er Jahren - auch im Konjunkturmehrpunkt die Arbeitslosigkeit des vorherigen Höhepunkts. Beides läßt sich so interpretieren, daß die anderen Komponenten der Arbeitslosigkeit spätestens seit Mitte der 70-er Jahre verstärkt zugenommen haben.

Eine dieser nichtzyklischen Komponenten stellt die friktionelle Arbeitslosigkeit dar. Sie entsteht dadurch, daß die Anbieter von Arbeitskraft auf der einen und die Nachfrager nach Arbeitskraft auf der anderen Seite sich Zeit lassen bei der Aufnahme von Arbeit einerseits und bei der Besetzung eines Arbeitsplatzes andererseits. Es weist einiges darauf hin, daß sowohl Arbeitnehmer wie Arbeitgeber seit den 70-er Jahren insgesamt bei der Aufnahme einer Arbeit und der Besetzung einer Stelle wählerischer geworden sind, was dafür spricht, daß die friktionelle Komponente der Arbeitslosigkeit, die man auch „Sucharbeitslosigkeit“ nennt, zugenommen hat.

Solange diese Sucharbeitslosigkeit auf den freien Entscheidungen der betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitgeber beruht, ist, da sie sozusagen „freiwillige“ Arbeitslosigkeit darstellt, im Grundsatz gegen sie nichts einzuwenden. Sie verfälscht allerdings die Statistik und ist ärgerlich für denjenigen, der in der Arbeitslosenstatistik eben nicht die „freiwillig“ Arbeitslosen sondern nur die „echten, unfreiwillig“ Arbeitslosen sehen will.

Aus ökonomischer Sicht ist es auch weiterhin klar, daß die Höhe dieser Komponente der Arbeitslosigkeit von der Höhe des Arbeitslosengeldes bzw. der Arbeitslosenhilfe abhängt. Je höher diese sind, desto länger wird die Suche dauern. Ob man allerdings Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe deswegen kürzen sollte, ist eine politische Frage, die ich hier offen lassen will.

Darüber hinaus ist die Höhe dieser Komponente sicherlich abhängig von der Qualität der Beratungs- und Vermittlungsinstitutionen auf dem Arbeitsmarkt. Das staatliche Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit ist aus ökonomischer Sicht ein großes Hindernis für eine erfolgreiche und effiziente Beratungs- und Vermittlungstätigkeit. Die Beseitigung dieses öffentlichen Monopols würde mit Sicherheit die friktionelle Arbeitslosigkeit verringern.

3.4. Strukturelle Arbeitslosigkeit

Neben die friktionelle Arbeitslosigkeit tritt als nächste Komponente der Arbeitslosigkeit die strukturelle Arbeitslosigkeit. Da sie mit dem Strukturwandel zusammenhängt, sollte man sie vielleicht besser „strukturwandelbedingte“ Arbeitslosigkeit nennen. Sie entsteht dadurch, daß sich in einer wachsenden offenen Wirtschaft immer wieder die Strukturen ändern: Die Endnachfrager verändern ihre Verbrauchsgewohnheiten. Neue Güter erscheinen auf den Märkten und ziehen Nachfrage auf sich. Neue, effizientere Produktionsverfahren verdrängen die alten. Neue Anbieter mit billigeren und besseren Produkten machen den etablierten Anbietern Konkurrenz.

Sind aber die Anpassungs- und Innovationsfähigkeit und Willigkeit der betroffenen Unternehmen auf der einen und die Mobilitätsbereitschaft und -fähigkeit der betroffenen Arbeitnehmer auf der anderen Seite groß genug, dann müssen solche Strukturwandlungen nicht mit Arbeitslosigkeit verbunden sein. Das hat gerade auch in der Bundesrepublik die Nachkriegszeit bis zum Ende der 60-er Jahre gezeigt.

Gibt es Widerstände gegen diesen „Prozeß der schöpferischen Zerstörung“, wie ihn ein anderer großer Ökonom dieses Jahrhunderts, Schumpeter, einmal genannt, hat, dann hat dies schließlich und endlich auch Arbeitslosigkeit zur Folge. „Stillstand ist Rückschritt“ heißt ja ein jedem bekannter Spruch. Gerade hier haben wir alle besonders viel gesündigt. Es ist deshalb müßig, mit dem Finger auf jemanden besonders zu zeigen: Alle, die Unternehmer und Arbeitnehmer, die Verbände und Gewerkschaften, die politischen Parteien und die politische Exekutive haben lange, man kann nur hoffen, nicht zu lange, alles daran gesetzt, um den Status-Quo zu erhalten. Wir alle sorgen durch unser Verhalten dafür, daß der Strukturwandel nicht in ausreichendem Maße und in ausreichendem Tempo vonstatten geht.

Einige dieser „Sünden“ gegen den Strukturwandel sind schnell aufgezählt:

- Jeder Unternehmer, der nicht in der Lage oder Willens ist, sich neuen Marktgegebenheiten anzupassen und oder Neuerungen ins Werk zu setzen,
- Jeder Arbeitnehmer, der nicht bereit ist, sich fortzubilden, im Ernstfall den Beruf, die Firma oder auch den Wohnort zu wechseln,
- Jeder Tarifvertrag, der die Marktgesetze überspielen will,
- Jeder Verband, der für seine Klientel eine neue Subvention, eine außenwirtschaftliche Protektion durchsetzt,
- Jeder Politiker, der sich dem Druck von Verbänden und Gewerkschaften beugt und Wohltaten unters Volk streut,
- Jeder Unternehmer, der mit Freuden diese Wohltaten annimmt,
- Jede politische Partei und Regierung, deren erstes Bestreben es ist umzuverteilen ohne Rücksicht darauf, daß vor der Umverteilung die Produktion kommt,

trägt dazu bei, daß der Strukturwandel ins Stocken gerät und sich die strukturelle Arbeitslosigkeit verfestigt.

Die Erhaltung des Status-Quo mag für eine Übergangszeit sogar Erfolg haben. Sie reicht aber nicht aus, um in Zukunft wettbewerbsfähig zu bleiben. Darum geht es letzten Endes in der Diskussion um die Deregulierung, die Privatisierung oder auch um den Standort Bundesrepublik.

Es ist falsch, sich gegenüber diesem „bösen“ Strukturwandel abzuschotten, ihn in „sozial verträgliche“ Bahnen zu lenken. All dies würde die augenblicklichen Schwierigkeiten auch auf dem Arbeitsmarkt nicht verhindern sondern ganz im Gegenteil weiter verstärken. Nicht nur Anpassung an von außen kommende strukturelle Veränderungen sondern aktive Gestaltung dieser Strukturen

durch dynamische Unternehmer ist deshalb das Gebot der Stunde, will man auf Dauer die strukturelle Arbeitslosigkeit beseitigen.

3.5. Kapitalmangel-Arbeitslosigkeit

Würden in diesem Augenblick mit einem Zauberstab die saisonale und konjunkturelle, die friktionelle und strukturelle Arbeitslosigkeit beseitigt, dann gäbe es immer noch Arbeitslose. Es gibt einfach zu wenig Arbeitsplätze für sie. Die Ursache dafür liegt darin, daß in den letzten Jahren zu wenig investiert wurde. Es gibt zu wenig Kapital, mit dem die Arbeitskräfte kombiniert werden könnten. Den Unternehmern nicht sehr Wohlgesonnene sprechen hier von einem „Investitionsstreik“.

Wie ist diese Investitionszurückhaltung der Unternehmen zu erklären? Es gibt eine Antwort auf diese Frage, die heute modern ist. Diese Antwort lautet: Es sind nicht mehr genügend Investitionsobjekte vorhanden, die Märkte sind gesättigt. Warum soll da noch investiert werden? Wenn schon investiert wird, dann sind es nur Rationalisierungsinvestitionen und die vernichten, wie doch jeder weiß, Arbeitsplätze und schaffen keine neuen.

Von dieser Antwort ist dann der Weg nicht mehr weit zu der heute gern zitierten These: Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus. Und dann ist es auch nur noch ein kleiner Schritt zu der heute von vielen so hochgelobten Therapie der Arbeitszeitverkürzung. An dieser Antwort ist alles falsch, was falsch sein kann. Daß bestimmte Märkte gesättigt sind, ist nicht zu bestreiten. Das liegt aber nicht daran, daß die menschlichen Bedürfnisse alle befriedigt wären, daß also über Nacht das Schlaffenland Einzug gehalten hätte.

Vielmehr ist dies darauf zurückzuführen, daß die Güter und Dienstleistungen, die dort angeboten werden, nicht mehr den Wünschen der Nachfrager entsprechen. Hier kann man an das anknüpfen, was schon oben gesagt wurde: Es gilt, nicht in Resignation zu verfallen, sondern die Lösung kann nur heißen: Neue Güter müssen her, um die Bedürfnisse der Nachfrager besser und billiger zu befriedigen. Neudeutsch heißt dies: Produktinnovationen sind das Gebot der Stunde.

Aber auch die Rationalisierungsinvestitionen sind besser als ihr Ruf. Es ist nicht zu bestreiten, daß sie Arbeitskräfte freisetzen. Doch dies ist nicht mit einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit gleichzusetzen. Diese Prozeßinnovationen setzen Einkommen frei, die im gleichen Unternehmen oder anderswo neue Arbeitsplätze schaffen.

Die These „Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus“ mag publikumswirksam sein. Sie ist trotzdem falsch. Arbeit ist nirgendwo knapp, nur die Fähigkeit, bestimmte, zu hohe Preise dafür zu bezahlen. Anders ausgedrückt: Es gibt in einer bestimmten Situation immer einen Lohnfächer, zu dem alle Arbeitsfähigen beschäftigt werden können. Ob die so Beschäftigten allerdings zu diesem Lohn arbeiten würden, steht auf einem anderen Blatt.

Und schließlich zu der heute so hoch gehandelten Therapie der Arbeitszeitverkürzung. Wenn die Menschen zunehmenden Wohlstand in zunehmender Freizeit abgegolten wissen wollen, ist nichts dagegen zu sagen. Wenn man aber darin das Patentrezept gegen die Arbeitslosigkeit sieht, so muß dies zurückgewiesen werden. Es gibt sicherlich Varianten der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, die lohnkostenneutral sind und damit keine Arbeitslosigkeit hervorrufen und unter günstigen Umständen mehr Arbeitsplätze schaffen. Es muß aber auch hier klar sein, daß die Beschäftigung nicht ansteigt, sondern nur die vorhandene Beschäftigung anders verteilt wird: Wo vorher einer gearbeitet hat, arbeiten jetzt z.B. zwei oder drei oder noch mehr. Solange die Beteiligten allerdings freiwillig solche Vereinbarungen treffen, kann keiner etwas dagegen haben.

Gibt es aber bessere Antworten auf die obige Frage nach der oder den Ursachen der schon lange anhaltenden Investitionsschwäche?

Ich muß gestehen, daß es aus ökonomischer Sicht viele plausible Antworten darauf gibt. Welche dieser Antworten die richtige ist, muß deshalb im Einzelfall geklärt werden. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit möchte ich hier nur einige nennen, die dann auch die entsprechende Therapie verlangen:

- Die Gewinne bzw. die Gewinnerwartungen sind zu niedrig und müssen verbessert werden
- Die staatlichen Regulierungen sind zu stark und müssen abgebaut werden
- Die staatliche Produktion von Gütern hemmt den technischen Fortschritt und muß eingeschränkt werden
- Der Anteil des Staates am Sozialprodukt ist zu hoch und muß zurückgeführt werden
- Die Märkte gerade für Dienstleistungen sind zu sehr sowohl im Inland wie auch gegenüber dem Ausland abgeschottet und müssen geöffnet werden
- Die Innovationsfähigkeit und -willigkeit ist zu niedrig und muß gestärkt werden.

Es ist hier nicht die Zeit und auch nicht der Platz, auf alle diese Thesen im einzelnen einzugehen. Immerhin kann man eines dazu sagen: Es sind alles Vorschläge, die das Wachstum fördern sollen. Der Wachstumspessimismus, der ja auch in unserem Land modern war, hat einem Wachstumsoptimismus Platz gemacht. Wer für Wachstum eintritt, kann heute wieder Flagge zeigen. Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung hängen eng zusammen und bedingen sich gegenseitig. Wer mehr Beschäftigung will, muß auch mehr Wachstum und Strukturwandel wollen und umgekehrt.

Nicht umsonst heißt der Titel des letzten Gutachtens des volkswirtschaftlichen Sachverständigenrates : Vorrang für die Wachstumspolitik .

4. Schluß

Ist Arbeitslosigkeit unser Schicksal?

Ich hoffe, in meinen Ausführungen klargestellt zu haben, daß dies nicht der Fall ist. Pessimismus ist nicht am Platze.

- Es muß aber immer wieder zunächst einmal eine gründliche Diagnose gemacht werden, um herauszubekommen, um welche Art von Arbeitslosigkeit es sich handelt. Was gut ist bei der einen Art, muß nicht gut sein bei einer anderen.
- Auch für die Therapie stellt die Ökonomie bestimmte Instrumente und Handlungsmöglichkeiten zur Diskussion. Ob diese Handlungsmöglichkeiten dann in effektive Handlungen umgesetzt werden, kann der Ökonom nicht mehr bestimmen.
- Hier ist dann jeder einzelne von uns, jeder Unternehmer und Arbeitnehmer, jeder Verbands- und Gewerkschaftsfunktionär, jeder Politiker, welcher Ebene auch immer, gefordert.
- Letzten Endes heißt es auch in diesem Fall: **Jedes Land hat das Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsniveau, das es verdient.**